

Dr. Klaus Engel

- Es gilt das gesprochene Wort -

Kanzelrede Duisburg

04.09.2016 / Duisburg

Liebe Alt-Duisburger Kirchengemeinde,
meine Damen und Herren, liebe Gäste!

Es ist eine große Ehre in der Tradition dieser
Veranstaltung zu sprechen - in dieser
traditionsreichen Duisburger Kirche.

Deshalb bedanke ich mich sehr für die
Einladung zur Kanzelrede.

Ich gratuliere der Kirchengemeinde ganz
herzlich zum 700. Geburtstag der
Salvatorkirche, den sie vor wenigen Wochen
festlich gefeiert haben.

Meine Damen und Herren,

wo kann man besser studieren und
nachvollziehen, was es bedeutet,
wenn Menschen "Für einander einstehen und
gemeinsam Verantwortung tragen",
als hier in Duisburg.

Hier war der Begriff “Solidarität” nie eine Worthülse, sondern er wurde vielmehr zur Legende.

Als im Dezember 1987 Krupp-Arbeiter die Rheinbrücke zwischen Hochfeld und Rheinhausen besetzten und gegen die Schließung ihres dortigen Stahlwerkes protestierten, löste das eine breite Welle der Solidarität aus, die weit über das Ruhrgebiet hinaus ging.

Die Luftaufnahmen von den Menschenmassen auf der Brücke gehören mittlerweile zu den beeindruckendsten Bilddokumenten der Zeitgeschichte Duisburgs.

Ein Jahr später wurde die Brücke in “Brücke der Solidarität” umbenannt.

Bis heute ist Rheinhausen ein Mythos geblieben, das Symbol für den längsten Arbeitskampf der deutschen Nachkriegsgeschichte.

160 Tage lang hatten sich damals die Menschen gegen das Aus für Rheinhausen aufgebäumt, hatten nicht nur Brücken blockiert, eine Menschenkette gebildet von Duisburg bis Dortmund.

Menschen in der gesamten Region solidarisierten sich, Hausfrauen und Schüler, Landwirte und Künstler, Katja Ebstein und die Toten Hosen, ein Knappenorchester und Klaus Lage.

Die Stars gaben Konzerte, ohne Gage zu verlangen.

Innerhalb weniger Wochen kam knapp eine Million Mark für die Streikkasse zusammen - und skurrile Geschenke:

Tierschützer schickten beispielsweise Lastwagen mit Hundefutter, weil ein Kruppianer im Fernsehen erzählt hatte, er könne seinen Hund nicht füttern, wenn er seinen Job verliere.

Auch die evangelische Kirche am Niederrhein solidarisierte sich unter dem Motto "An der Seite der Menschen" mit zahlreichen Messen und vor allem mit großen liturgischen Feiern im Walzwerk und vor dem Werkstor.

Es waren aber nicht nur die Gottesdienste, die Kirche wurde auch zum wichtigen Faktor im Netzwerk zwischen Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften und brachte sich organisatorisch, inhaltlich und seelsorgerisch ein.

Sie engagiert sich über die Protesttage hinaus bis heute für einen nachhaltigen Strukturwandel.

So fand 1994 hier in der Salvatorkirche eine sogenannte Regionalsynode statt, die eine grundlegende "Erklärung zum Strukturwandel" verabschiedete.

Die Kirche stellt sich hier nicht nur grundsätzlich den Fragen nach Gerechtigkeit und Menschlichkeit, sondern mischt sich direkt vor Ort ein und ergreift Partei für die Betroffenen.

Ich finde, dies ist ein schönes Beispiel für tätige Nächstenliebe, die für unsere Kirchen keine Fernstenliebe ist, sondern den konkreten Einsatz hier und jetzt verlangt, ganz unmittelbar in unserem eigenen Umfeld.

Meine Damen und Herren,

persönlich war ich ganz besonders beeindruckt, als dieses Netzwerk aus Kirchen und Gewerkschaften 1992 nach einer Welle rechtsextremer Gewalt in Deutschland sehr schnell ein multikulturelles Festival veranstaltete, zu dem Tausende von Duisburgern kamen.

Das zeigt, dass gelebte Solidarität sich nicht ohne weiteres spalten lässt.

Solidarität beschränkt sich aber nicht nur auf eine Stadt oder Region oder eine Gesellschaft, sondern betrifft vielmehr alle Menschen.

Deshalb müssen wir heute angesichts der dramatischen Flüchtlingsbewegungen in und jenseits von Europa den Begriff der Solidarität weiter begreifen und weiterentwickeln.

Damit Integration gelingt, müssen sich zum einen die Menschen, die aus einem unterschiedlichen, nachvollziehbarem Schutzbedürfnis zu uns kommen, auf unsere Grundsätze des Zusammenlebens einlassen, aber zum anderen brauchen wir auch die Empathie und das Mitgefühl der Menschen, die schon da sind.

Zu den Grundsätzen des Zusammenlebens gehören Achtung vor der Würde des Einzelnen, Gleichberechtigung, Respekt vor Andersdenkenden und Anderslebenden, Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Und auch Religionsfreiheit – die Freiheit seine Religion zu leben genauso wie die Religion oder den Atheismus anderer Menschen zu respektieren.

Diese Grundsätze stehen im Grundgesetz:

Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Das ist doch recht klar formuliert.

Wer heute glaubt - und das tun ja offenbar viele am rechten Rand unserer Gesellschaft - wer heute glaubt, der Nationalstaat sei eine Art „Container“, der uns von allen unerwünschten und schwierigen Entwicklungen in der Welt abschottet, hat das Wesen und auch die Chancen der Globalisierung nicht verstanden.

Und wer tatsächlich allen Ernstes fordert, dass jeder Hilfsbedürftige, der unseren Container betritt, alles zurücklassen soll und sich komplett an das Deutsche anpassen muss, der verkennt und missachtet den hohen Wert unserer offenen, freiheitlichen Gesellschaft und unserer Demokratie, in der die Solidarität die kulturelle Vielfalt prägt.

Oft ist man versucht Menschen mit dieser Haltung zuzurufen:

Schaut Euch doch mal das Ruhrgebiet an!

Meine Damen und Herren,

mit intensiver und gelungener Integration haben wir im Ruhrgebiet schon jahrhundertelange Erfahrung.

Das Ruhrgebiet ist eine 180jährige Erfolgsgeschichte der Zuwanderung.

Und ein Beleg dafür, dass dynamische, perspektivreiche Wirtschaftsregionen immer auch das Ziel von massiven Migrationsbewegungen waren und bis heute sind.

Lebten im Jahre 1850 etwa 400.000 Menschen im Ruhrgebiet, so waren es 1905 ca. 2,6 Millionen und 1925 ca. 3,8 Millionen.

Das war das Ergebnis von massenhafter Zuwanderung.

Im Ruhrgebiet sind auf der Suche nach Perspektive und verbessertem Wohlstand alle irgendwann von irgendwo her gekommen.

Deutsche, Polen, Italiener, Türken, Griechen, Jugoslawen, ...

Davon zeugen heute noch viele eingedeutschte Namen, wie der von Kriminalhauptkommissar Schimanski, der hier in Duisburg auf eigenwillige Art für Gerechtigkeit sorgte und dessen Darsteller Götz George leider im Juni gestorben ist.

Der Vater von Schimanski wäre wohl früher noch mit SZY geschrieben worden.

Es gibt keine Region auf der Welt, die in so relativ kurzer Zeit einen solchen Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung erfahren hat, wie das Ruhrgebiet in jener Zeit.

Rückblickend betrachtet:

Ohne Migration gäbe es unsere Art des Ruhrgebiets möglicherweise gar nicht.

Im Grunde genommen ist der Ruhrpott ein echter "Melting Pott" – wie es die Amerikaner sagen.

Ein kultureller Schmelztiegel, in dem die Frage, wer denn eigentlich zuerst da war, ziemlich müßig ist.

Selbstverständlich pflegen auch im Ruhrgebiet viele Einwanderer ihre eigenen kulturellen Traditionen weiter.

Gleichzeitig ist aber im Revier durch den Austausch mit anderen etwas völlig Neues entstanden:

Eine neue eigenständige und gemeinsam gelebte Kultur.

Ein spannungsreiches Kräftefeld von Vielfalt, Zusammenhalt und Solidarität.

Hier lebt man nicht aneinander vorbei.

Und das gibt dem Ruhrgebiet auch die Kraft, mit den wirklich sehr großen Problemen der Zuwanderung in unseren Kommunen klar zu kommen.

Und dabei kommt uns eine weitere
Eigenschaft des Ruhrgebiets zu Hilfe:

Wenn wir etwas anfangen, hören wir nicht
auf, wenn es schwierig wird.

Wir laufen nicht davon, sondern stellen uns
Herausforderungen und gehen konsequent
weiter unseren Weg.

NRW verfügt bundesweit über die meisten
Bundesligavereine der Republik.

Wo stünden diese ohne viele ihrer
Spitzenspieler mit Migrationshintergrund?

Meine Damen und Herren,

ich bin mir sicher, die
Integrationserfahrungen des Ruhrgebietes
werden uns dabei helfen, auch die
immensen Herausforderungen der
zukünftigen Migration zu schultern.

Denn es drängt sich eine weitere Parallele
auf:

Das Ruhrgebiet war auch der Schauplatz zur Lösung der historischen sozialen Fragen.

Und die Flüchtlingsbewegung ist heute Ausdruck einer neuen sozialen Frage:

Die Frage nach interkultureller und internationaler Solidarität.

Denn die langfristig wichtigste Migrationsursache ist das enorme Wohlstandsgefälle zwischen armen und reichen Ländern, neben kriegerischen Auseinandersetzungen und persönlicher politischer Verfolgung.

Mich erinnert als Naturwissenschaftler diese Ungleichverteilung an das physikalische Prinzip kommunizierender Röhren, die sich irgendwann immer gesetzmäßig ausgleichen - außer man zerbricht sie.

Das Prinzip der kommunizierenden Röhren gilt auch für die Migrationsströme selbst.

Sie sind das Spiegelbild der Globalisierung, die ja auch aus Strömen von Menschen, Kapital, Informationen und Gütern besteht.

Die unterschiedlichen Formen grenzüberschreitender Mobilität – etwa die von Touristen, Beschäftigten internationaler Unternehmen wie Evonik und anderer Organisationen, von Wissenschaftlern und von Flüchtlingen – sind fast immer miteinander verwoben und beeinflussen sich wechselseitig.

Interkulturelle Lebensweisen betreffen natürlich nicht nur und schon gar nicht in erster Linie Diplomaten oder umherreisende Kulturschaffende, sondern die zwischen verschiedenen Städten und Ländern verstreuten Lebens-Ankerpunkte von Pflegekräften, Wanderarbeitern auf Schiffen, Wissenschaftlern und Experten, Fach- und Führungskräften.

Auch die Flüchtlingsströme sind miteinander vernetzt, sie haben fragile, aber auch sehr effiziente und meist auch leider illegale Strukturen, aber dieser Strom von Menschen fordert als Bewegung immer lauter zu Recht die grundlegenden Menschenrechte ein, zu denen wir uns als „Vereinte Nationen“ eigentlich längst verpflichtet haben.

Sie protestieren immer vernehmbarer dagegen, von den Strömen und Wohlstandsgewinnen der Globalisierung ausgeschlossen zu sein.

Und wie bei der Arbeiterbewegung, die sich im 19. Jahrhundert in den damaligen Industriegesellschaften zusammengeschlossen hat, um Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Schutz vor Armut, Hunger und Kinderarbeit durchzusetzen, genießen die heutigen Flüchtlinge kaum eine minimale Sicherheit oder Berechenbarkeit ihres Lebens, geschweige eine persönliche Perspektive.

Damals wurde hier im Ruhrgebiet der Begriff der Solidarität überhaupt erst erfunden.

Das Elend war groß, die Lebensumstände der Arbeiter unbeschreiblich.

Da waren tätige Nächstenliebe, Mildtätigkeit und Barmherzigkeit gefragt.

Auch hier mobilisierten übrigens die Kirchen schon damals die karitative Dimension der Zivilgesellschaft: gemeinnütziger Wohnungsbau, lokale Krankenpflege und Kinderbetreuung, Hospitäler und Altenheime.

Und damals dauerte es sehr lange, bis die Unternehmer, Ruhrbarone und die Regierung eingesehen hatten, dass es so nicht weiter gehen konnte.

Dass man offensichtliche Ungerechtigkeit und menschenunwürdige Behandlung nicht auf Dauer gegen den Widerstand der Menschen gewaltsam durchsetzen kann.

Und genauso zwingen uns die Migrationsbewegungen heute, uns von einigen Lebenslügen zu verabschieden.

Der Vorstellung, dass sich offenkundige soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten über längere Zeiträume aufrechterhalten lassen, ohne dass breiter Protest und überregionale soziale Bewegungen entstünden, führt in die Irre und endet schlimmstenfalls beim Stacheldraht oder bei der militärischen Verteidigung der Festung Europa.

Auch deshalb müssen wir uns natürlich auch außerhalb unseres Landes für mehr Wohlstand und bessere Perspektiven engagieren.

Meine Damen und Herren,

wenn wir heute fragend zurückblicken, dann wurde die historische soziale Frage dadurch gelöst, dass man die gesellschaftliche Solidarität gewissermaßen in verlässliche und verbindliche Strukturen überführte.

Da gab es zwar auch immer und teilweise auch heute noch viel Bürokratie und Überregulierung, aber im Grunde wissen wir heute, dass diese Institutionen des Sozialstaats und der Sozialpartnerschaft das Rheinische Modell begründet haben.

Das Rheinische Modell verknüpft die freie Marktwirtschaft eng mit dem Konsensprinzip und der tarifpartnerschaftlichen Mitgestaltung durch Gewerkschaften.

Zusammen mit der sozialstaatlichen Ausgestaltung und dem beruflichen Bildungssystem hat sich im Laufe der Zeit ein Modell der sozialen Marktwirtschaft herausgebildet, das heute wieder weltweit als nachahmenswerter Gegenentwurf zum ungebändigten Kapitalismus wahrgenommen und nachgefragt wird.

Es entfaltete sich ein Sozialstaatsverständnis, das dem Markt einen Rahmen setzte.

Die Menschen wurden mit den großen Lebensrisiken nicht mehr alleine gelassen.

Meine Damen und Herren,

diese Strukturen und vor allem die wertvollen und beharrlich erkämpften Institutionen der Europäischen Einigung, können auch heute die Instrumente sein, mit der wir die neue soziale Frage lösen können.

Gerade Europa steht wie kein anderer Staatenbund für Mitmenschlichkeit und Mitgefühl als Anker unserer europäischen Wertegemeinschaft.

Europa als christliches Abendland, als „Erfinder“ der Menschenrechte und als Kontinent der Aufklärung.

Und Angela Merkel hat dafür in bemerkenswerter Weise eine Lanze gebrochen.

Die Bundeskanzlerin hat im Herbst letzten Jahres stellvertretend für ganz Europa, die Identität unseres Kontinents bewahrt.

Das war sicher ein Ausnahmezustand, der nicht zur Regel werden darf, aber wann denn sonst, wenn nicht in einem Ausnahmezustand müssen sich die Gültigkeit der Regeln und die Handlungsfähigkeit der Institutionen Europas bewähren und gegebenenfalls überprüft werden?

Trotz aller Uneinigkeit auf europäischer Ebene ist doch eines klar geworden:

Es soll dabei bleiben, dass Deutschland und Europa im Prinzip der Offenheit den Vorrang geben vor der Tendenz zur Abschottung.

Und die Fronten innerhalb Europas sind auch nicht mehr so schroff wie noch vor zwölf Monaten.

Bereits im März wurden auf den EU-Gipfeln erste Ansätze einer gemeinschaftlichen Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen deutlich.

Es besteht Hoffnung, dass auf dem nächsten EU-Gipfel, der dazu in Kürze stattfinden wird, weitere Fortschritte erzielt werden können.

Meine Damen und Herren,

wenn ich dafür plädiere, dass wir als europäische Ankunftsgesellschaft mehr Empathie für Flüchtlinge und Zuwanderer und mehr Solidarität mit den Unterprivilegierten außerhalb Europas entwickeln sollen, dann will ich gewiss auch nicht verschweigen, dass auch noch zahlreiche Probleme in unserer Ankunftsgesellschaft bewältigt werden müssen.

Denn bei uns gab es auch bereits vor dem Sommer letzten Jahres noch soziale Fragen, die ungelöst sind und die für viele jetzt durch die sogenannte Flüchtlingskrise erst so richtig zu Tage treten.

So müssen wir unbedingt vermeiden, dass an den Rändern unserer Gesellschaft die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum und gering qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten durch die Zuwanderung weiter verschärft wird.

Hier besteht weiterhin dringender politischer Handlungsbedarf.

Es gab in den vergangenen Monaten auch Fortschritte:

Das Bundesamt für Migration hat den Asylantragsstau erheblich reduziert, es wurden viele Polizisten eingestellt, was für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nach den furchtbaren Attentaten in Deutschland ein sehr wichtiger Faktor ist.

Und es wurden bundesweit bereits die Hälfte aller neuen 25.000 Lehrerstellen eingerichtet.

Gerade NRW liegt hier ganz weit vorne.

Auch an den Schulen und einer raschen Sprachvermittlung wird es liegen, ob die Integration gelingt.

Der Staat muss aber auch noch deutlich mehr in die öffentliche Infrastruktur investieren.

Vor allem beim sozialen Wohnungsbau ist der Bedarf ungeheuer.

Wir haben seit 2002 eine Million Sozialwohnungen in Deutschland verloren und das macht sich jetzt dramatisch bemerkbar.

Meine Damen und Herren,

die größte Baustelle der Integration ist der Arbeitsmarkt.

Die Chancen für Flüchtlinge, einen Arbeitsplatz zu finden, sind erst mal gering.

Oft fehlen persönliche Unterlagen oder es liegt keine formale Qualifizierung vor.

Strenggenommen sind 80 Prozent der Flüchtlinge ohne eine formale Qualifikation im Sinn der deutschen Arbeitsmarkt-Anforderungen.

Selbstverständlich dürfen wir nicht unsere hohen Standards bei Ausbildung und beruflicher Bildung aufgeben, aber wir sollten für Flüchtlinge unverhältnismäßige bürokratische Hürden für den Start absenken, sonst sind die Herausforderungen kaum zu meistern.

Es gibt ja bereits hoffnungsvolle Ansätze bei den Industrie- und Handelskammern die vorhandenen Kompetenzen pragmatisch zu erfassen und in vorläufigen Zertifikaten für die Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen.

Für die Zwischenzeit sollten wir in der deutschen Wirtschaft als Sofortmaßnahme 6- bis 12-monatige Betriebspraktika anbieten.

Hier können sich junge Flüchtlinge beweisen, die deutsche Sprache besser lernen und die Zeit sinnvoll verbringen, bis endlich ihr aufenthaltsrechtlicher Status geklärt ist.

Diese Praktika haben sich bei zahlreichen Unternehmen in den letzten 12 Monaten auch sehr gut bewährt.

Zahlreiche Flüchtlinge könnten nach dem Praktikum in eine Festanstellung wechseln.

Meine Damen und Herren,

es gibt also hoffnungsvolle Ansätze auf dem Arbeitsmarkt.

Nach 12 Monaten Erfahrung lässt sich feststellen, dass kleinere und mittelständische Unternehmen offenbar deutlich mehr Flüchtlinge integrieren können als Großunternehmen.

Hier hat die Kanzlerin auf dem Flüchtlingsgipfel die Konzerne zu Recht ermahnt, mehr zu tun und mehr Flüchtlinge auszubilden und zu beschäftigen.

Wir selber haben bereits sehr früh, im September vergangenen Jahres, ein Programm aufgelegt, das über 50 nachhaltige Hilfsprojekte an Evonik-Standorten unterstützt.

Besonders die Sprachförderung steht im Fokus vieler dieser Projekte.

Insgesamt kamen 10.000 Flüchtlinge mit diesen Projekten in Berührung.

Besonders wichtig ist uns das Projekt “Start in den Beruf“, in dem wir unterprivilegierte Jugendliche auf eine Ausbildung vorbereiten.

Hier haben wir für Flüchtlinge die vorhandenen 50 Plätze um 15 erhöht.

Das Projekt verlief sehr positiv:

Alle Plätze wurden besetzt, kein Flüchtling ist abgesprungen und mehr als zwei Drittel aller Teilnehmer haben bereits ein Ausbildungsplatzangebot in der Tasche.

Dieser Erfolg ermutigt uns, hier weiter zu machen.

Meine Damen und Herren,

wir sehen diese Investition nicht nur als gesellschaftliche Verpflichtung und Beitrag zum Gemeinwohl, sondern auch als Investition in unsere eigene Zukunft.

Bei Evonik tragen weltweit viele internationale Teams zum Unternehmenserfolg bei.

Über den Erfolg entscheidet oft die Fähigkeit zum interdisziplinären und interkulturellen Denken und Handeln.

Auch hier geht es nicht um die Integration "fremder" Arbeitnehmer in eine deutsche Arbeitsgesellschaft oder in eine deutsche Unternehmenskultur.

Sondern es geht vielmehr schon längst darum, einen großen Raum für möglichst viel Vielfalt aufzuspannen und Attraktivität zur Entwicklung von Talenten weltweit zu gewährleisten und auszubauen.

Gerade in einem internationalen Unternehmen, das durch Umstrukturierungen immer wieder kulturelle Integrationsprozesse durchlaufen muss, ist das gegenseitige Verstehen die Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration neuer Unternehmensteile.

Wir erleben das gerade aktuell selber bei der Übernahme der Spezialchemiesparte des US-amerikanischen Unternehmens Air Products.

Der Erfolg einer solchen Akquisition hängt nicht zuletzt auch an kulturellen Fragen.

Mehr Einfühlungsvermögen gegenüber dem zukünftigen Partner führt automatisch zu mehr Feingefühl im persönlichen Umgang.

Und das kann man tatsächlich lernen.

Und der Erfolg liegt auf der Hand: Mehr Empathie führt zu mehr Kooperation.

Und mehr Vielfalt führt zu Innovationen.

Und Innovationen festigen unsere starken Positionen auf den Weltmärkten.

Meine Damen und Herren,

um die Integrationsaufgaben eines Unternehmens zu bewältigen, brauchen wir auch ein selbstkritisches Führungsverständnis an der Unternehmensspitze.

Gerade vor dem Hintergrund, dass heute viele Menschen die Manager als selbstsüchtige Persönlichkeiten wahrnehmen, ist die persönliche Integrität und Authentizität einer Führungspersönlichkeit entscheidend.

Mag er oder sie noch so brillant sein, mag er oder sie noch so geschickt die Fäden ziehen, wenn ein Wirtschaftsführer charakterliche Defizite hat, dann zerstört er das Vertrauen und zerstört damit die wichtigste Ressource seines Unternehmens, die Mitarbeiter.

Wer selber gelegentlich guten Wein trinkt, darf nicht nur Wasser predigen.

Führung und Zielsetzung darf nicht der persönlichen Selbstverwirklichung des Chefs dienen, sondern sollte sich ausschließlich am Wohl des Unternehmens, seiner Kunden, Mitarbeiter und Aktionäre ausrichten

Wenn dies die Führungskraft überwiegend gelingt, darf sie sich auch der Loyalität und Solidarität der Mitarbeiter gewiss sein.

Meine Damen und Herren,

in einem internationalen Unternehmen mit hoher kultureller Vielfalt und globalen Herausforderungen wird die Empathie immer wichtiger.

Wir alle wissen aus unserem Alltag, dass das nicht immer leicht ist, auch noch an die anderen zu denken, wenn man oft selbst genug zu tragen hat.

Aber hier zeigen auch die historischen Erfahrungen, die die Menschen dieser Kirchengemeinde, dieser Stadt und dieser Region gemacht haben, dass Solidarität

auch harte und beharrliche Arbeit ist.

Arbeit an sich selbst und mit anderen.

Sie muss immer wieder gemeinsam erarbeitet und praktisch erfahrbar und umgesetzt werden.

Aber dann versetzt sie Berge, wird manchmal zur Legende und bewirkt manchmal hier und da ein kleines Wunder.

In diesem Sinne: ein herzliches Glück auf und Gottes Segen!